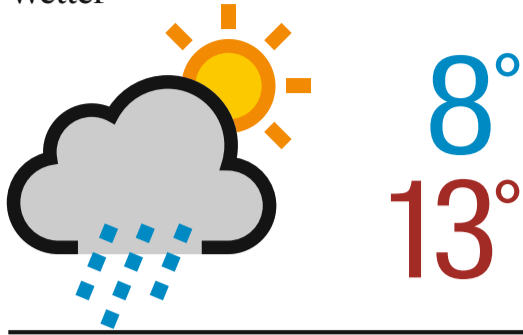
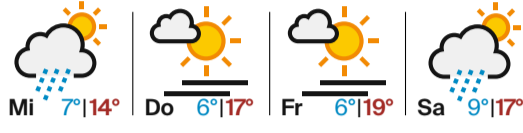


Wetter



Der Dienstag präsentiert sich wolkenverhangen, dazu kommen wiederholte Regenschauer.



Alles Weitere zum Wetter lesen Sie auf Seite 19.

Top News

Milliarden mit Verkauf von EU-Pässen

Vorwürfe Zypern soll mit dem Verkauf von EU-Pässen an reiche Investoren unter anderem aus Russland und der Ukraine Milliarden verdient haben. Seit 2013 habe die Regierung in Nikosia mit dem Verkauf der «goldenen Visa» an Superreiche mehr als 4 Milliarden Euro eingenommen, berichtet der «Guardian». Die britische Zeitung beruft sich auf geleakte Unterlagen, die sie eigenen Angaben zufolge einsehen konnte. (sda)

Snapchat beugt sich der Regierung

Saudi-Arabien Das soziale Netzwerk Snapchat hat den Kanal des katarischen Nachrichtensenders Al Jazeera in Saudi-Arabien auf Druck der Regierung gesperrt. Es sei bedauernd, dass eine grosse Plattform wie Snap Inc. damit beginne, Medieninhalte zu zensieren, erklärte Al Jazeera gestern. Demnach werde der Kanal von Al Jazeera in der «Discover»-Funktion von Snapchat blockiert. Über diese Funktion verbreiten Medienhäuser ihre Nachrichten in dem sozialen Netzwerk. (sda)

Entführter Priester befreit

Philippinen Knapp vier Monate nach seiner Entführung in der umkämpften philippinischen Stadt Marawi ist ein katholischer Priester wieder frei. Nach Militärangaben wurde Teresito Suganob am Wochenende aus den Händen der islamistischen Aufständischen befreit. Soldaten stürmten eine Moschee, die den Kämpfern als Zentrale diente. (sda)

Gesagt

«Ich habe immer gesagt: einmal in den USA leben und hier Fussball spielen, das wär's.»



Der ehemalige FCL-Spieler **Jahmir Hyka** ist in Kalifornien angekommen. Im Februar wechselte der Mittelfeldspieler zu den San José Earthquakes, wo auch Ex-FCL-Verteidiger **François Affolter** seit diesem Sommer unter Vertrag steht. Wir haben die beiden an ihrem neuen Arbeitsort besucht. 40

Kopf des Tages

Buddhas Brandstifter

Burma Der buddhistische Mönch Ashin Wirathu hetzt gegen seine muslimischen Landsleute. Auch internationale Hilfsorganisationen sind ihm ein Dorn im Auge.

Vor knapp drei Wochen ergriff Ashin Wirathu bei einer Demonstration in der burmesischen Hauptstadt Yangon das Wort. Gekleidet war er in die orangenen Tücher des buddhistischen Mönches, was er zum Vortrag brachte, war jedoch keine Botschaft des Friedens: Internationale Hilfsorganisationen, die den muslimischen Rohingya in Burma hülften, seien allesamt «Terroristen», wettete der Geistliche. Das Militär täte gut daran, endlich das Kriegsrecht in dem von der Minderheit bewohnten Gebiet zu verhängen. Täte die Armee das nicht, würde Burma bald von Muslimen überrannt und verlore seine Identität, hetzte Wirathu.

Dass der 49-jährige Mönch solch martialisches Töne anschlägt, ist an sich nichts Ungewöhnliches. Seit rund 15 Jahren ist Wirathu Wortführer der buddhistischen Extremisten in Burma. Seine «969» genannte Organisation und deren politischer Zweig Ma Ba Tha sind das Sammelbecken für rechtsnationale Burmesen, die ganz offen sagen, dass sie ihr Heimatland «muslimrein» machen

wollen. Dafür schrecken Wirathu und seine Gesinnungsgenossen auch nicht vor Massnahmen zurück, die die Vereinten Natio-



nen als «ethnische Säuberungen» und Beobachter als «Völkermord auf Raten» bezeichnen. Hunderte Toter gehen – zumindest indirekt – auf das Konto Wirathus: 2012 zettelte er Unruhen an, bei denen über 200 Menschen getötet und 140 000 Muslime aus ihren Dörfern vertrieben wurden. Auch für die jetzigen Gewaltexzesse des Militärs, vor denen in den letzten drei Wochen mehr als 430 000 Rohingya nach Bangladesch geflohen sind, hat er die geistige Urheberschaft, die Armee ist das ausführende Organ.

Das Besondere an Wirathus jüngstem Auftritt in Yangon war, dass er dem Hassprediger verboten worden war. Im März verhängte der staatliche buddhistische Rat von Burma, der Sangha, ein Redeverbot gegen Wirathu. Dem Rat ist er zu radikal. Dass Wirathu es wagte, sich darüber hinwegzusetzen und trotzdem zum Mikrofon zu greifen, zeigt, wie sicher er

Buddhistischer Mönch und Extremist: Ashin Wirathu. Bild: Getty

sich seiner Sache ist. Wenn der kahlgeschorene Mann mit Mondgesicht, der bis 2012 wegen Anstiftung zu Hassverbrechen acht Jahre lang in Haft sass, spricht, hören ihm die Massen zu. Eine Messlatte für Wirathus Selbstbewusstsein mag die Verachtung sein, die er dem Dalai Lama entgegenbringt. Der bekannteste buddhistische Würdenträger der Welt hat den Fundamentalisten mehrfach scharf kritisiert. Zuletzt sagte der Dalai Lama im Zusammenhang mit der jetzigen Fluchtwelle, «Buddha hätte den armen Muslimen geholfen».

Zwischen seinen Auftritten zieht sich Wirathu in sein Hauptquartier nach Mandalay zurück. Der dortige Tempelkomplex ist die Kadenschmiede, in welcher der extremistische Nachwuchs ideologisch geschult wird. Mit welchem Geschick der Menschenfänger die Saat des Zorns sät, hat der Schweizer Filmemacher Barbet Schroeder jetzt in einem Dokumentarfilm beschrieben. «The Venerable W.» (dt. «Der ehrwürdige W.») sorgt derzeit auf Filmfestivals in aller Welt für Bekommenheit beim Publikum: Denn der Mann macht seinem Spitznamen «Burmas bin Laden» und «Buddhas Terrorist» alle Ehre.

Ulrike Putz, Singapur

Braucht es die Ernährungssicherheit?

Abstimmung Die Befürworter fürchten Abhängigkeit vom Ausland, Gegner sehen in der Vorlage nur Symbolpolitik. Das sind die Argumente.



Pro

Für die Schweizer Landwirtschaft ist die Abstimmung vom 24. September zur Ernährungssicherheit von zentraler Bedeutung. Sie wird die Entwicklung unserer Landwirtschaft für die kommenden 20 bis 30 Jahre entscheidend beeinflussen. Es stimmt zwar, dass diese Abstimmung keine sofortigen Gesetzesanpassungen bewirkt, der langfristige Einfluss ist aber gegeben. Unser Land verfügt über keine Textilindustrie mehr, Autos werden bei uns keine hergestellt. Wir haben akzeptiert, dass wir mit entsprechenden Importen bedient werden.

Mit einem Ja wird einer solchen Entwicklung in der Landwirtschaft ein Riegel geschoben. Die Schweiz soll kein «landwirtschaftliches Monaco» werden, das heisst ein Dienstleistungsland, das zur Ernährung seiner Bevölkerung vollständig vom Ausland abhängig ist. Das einzige offizielle Dokument, das als Referenz für die Auslegung von Artikel 104a dienen wird, ist der Bericht der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates vom 3. November 2016: «Der Bedarf an Lebensmitteln wird in der

Schweiz primär über die Inlandproduktion sichergestellt.» Der zweite Grundsatz betrifft die nachhaltige Entwicklung: «Nur eine Inlandproduktion, die dem Nachhaltigkeitsprinzip gerecht wird, kann langfristig eine tragende Säule der Versorgungssicherheit bleiben.» Für Importe gilt neu: «Die Importe von Lebens- und Produktionsmitteln sollen nicht auf Kosten einer zu hohen Umweltbelastung, einer Beeinträchtigung der Produktionsgrundlagen oder zu Lasten ärmerer Bevölkerungsschichten im Ausland gehen.» Bei der Konkretisierung nach der Abstimmung wird es darum gehen, diese Grundsätze umzusetzen, sei dies im Rahmen der Agrarpolitik 2022+, der Raumplanung oder internationaler Handelsbeziehungen. Deshalb Ja, weil gesunde Lebensmittel immer wichtiger werden!



Markus Ritter Nationalrat (CVP/SG) und Präsident Bauernverband

Contra

Die Initianten geben selber zu: Der Gegenvorschlag zur «Volksinitiative für Ernährungssicherheit» ändert nichts am bestehenden System. Denn die aktuellen Gesetze erfüllen bereits alle Forderungen der Initianten.

Das Parlament hat mit der Agrarpolitik 2014–2017 alles angenommen, was von den Bauern gewünscht wurde. Es hat Versorgungssicherheitsbeiträge eingeführt und den Kreditrahmen für die Landwirtschaft angehoben. Der Selbstversorgungsgrad ist trotz Bevölkerungswachstum stabil.

Ein rigoroser Zollschutz sorgt dafür, dass fast alle hierzulande hergestellten Agrarprodukte gegenüber der ausländischen Konkurrenz abgeschottet bleiben. Entsprechend hoch ist ihr Marktanteil am Inlandkonsum, entsprechend hoch sind auch die Preise.

Mehr noch: Die Schweizer Bauern erhalten die weltweit höchsten Direktzahlungen, und auch das Raumplanungsgesetz wurde mit strengen Vorgaben zum Kulturlandschutz ergänzt. Wenn man all dies

berücksichtigt, kommt man zur Schlussfolgerung: Die Ernährungssicherheit ist in der Schweiz schon heute garantiert.

Was wollen die Initianten also? Das wissen sie selber nicht. Sie bleiben in ihrer Argumentation unverbindlich-mysteriös. Sie sprechen von der einheimischen Produktion. Sie reden von der zukünftigen Generation. Sie appellieren an die Solidarität. Sie rufen sogar die Kräfte der Natur an. Im besten Fall geht es ihnen um reine Signalpolitik. Sie wollen ein Zeichen für die Stärke der Bauern setzen und somit auch politisch Unzufriedene in den eigenen Reihen zur Ruhe bringen. Damit jedoch verkommt die Verfassung zum Spielplatz für politische Partikularinteressen. Das verdient ein klares Nein an der Urne.



Peter Schilliger Nationalrat (FDP/LU)